

/// Zweifel am traditionellen Abstimmungsprinzip

DIE MEHRHEIT ENTSCHIEDET – WIE LANGE NOCH?

ERWIN FELLNER / THORSTEN WINKELMANN /// Im Parlament, im Verein, in der Wohnungseigentümerversammlung gibt die Mehrheit den Ausschlag. Dieses Prinzip gilt immer und bedarf keiner weiteren Begründung. Doch es wird nicht mehr als selbstverständlich hingenommen. Mehrheiten stehen unter erheblichem Rechtfertigungsdruck.

Mehrheit ist Mehrheit, auch wenn sie denkbar knapp ausfällt. Der erste Deutsche Bundestag wählte 1949 Konrad Adenauer mit 202 von 402 Stimmen zum Bundeskanzler – mit nur einer Stimme Mehrheit, nach seinem Bekun-

den sogar noch die eigene. Demokratische Herrschaft ist, so scheint es, immer die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Warum aber ist das so? Und warum gibt es immer mehr Menschen, die daran zweifeln?

Es begann mit dem Recht des Stärkeren

Bereits in der Frühzeit haben Menschen ihre Konflikte, z.B. um Nahrung oder die Führung der Gemeinschaft, irgendwie austragen müssen. Als Lösung lag ein Entscheidungsprinzip nahe – physische Gewalt. Wer mehr Menschen,

In der Demokratie herrscht das Prinzip der MEHRHEITSENTSCHEIDUNG.



In einer Demokratie entscheidet die Mehrheit. Aber ist das auch immer richtig?

mehr Kämpfer für sich gewinnen konnte, hatte größere Aussichten, eigene Anliegen durchzusetzen, notfalls gewaltlos.¹ Den Unterlegenen blieb nur die Möglichkeit, sich zu unterwerfen oder von der Gruppe zu trennen. Eine Trennung schwächte allerdings beide Seiten. Wenn jedoch die Minderheit die Übermacht der anderen kampflos anerkannte, wurden unnötige Auseinandersetzungen vermieden, die Einheit der Gruppe blieb gewahrt.

Doch ganz ohne jede Regel kann keine allgemein verbindliche Entscheidung zustande kommen. Dafür muss ein politisches Gemeinwesen entsprechende Grundsätze entwickeln und konkrete Abläufe bestimmen. So findet idealerweise vor jeder Abstimmung ein freier und für alle inhaltlichen Positionen offe-

ner Willensbildungsprozess statt. Er soll den vorhandenen Ideen eine zumindest reale Zugangschance eröffnen.² Es müssen „Positionen [...] zur Debatte gestellt, Forderungen angemeldet, Vorschläge begründet, Gesetze mehrfach gelesen, im Zweifel Vermittlungsgremien bemüht werden. So gesehen bildet auch die Mehrheitsentscheidung das Produkt einer Interaktion und ist zuletzt selbst Interaktion, die in die geistige Arbeit und Kritik der unterlegenen Minderheit eingeht.“³

Demokratie bewegt sich idealtypisch auf einem offenen Markt der Meinungen, wo eine Gruppe das Interesse der Mehrheit herausfinden und dieses dann als das gemeinsame Interesse akzeptieren muss. Alle in der Gruppe müssen dies als für sich bindend übernehmen,

häufig ein schwieriger Prozess. Gerade darin liegt das Erfolgsgeheimnis des Mehrheitsprinzips: Indem die Mehrheit immer wieder neu herausgearbeitet werden muss, ist der ganze Prozess offen. Und immer wieder beeinflussbar, denn die Mehrheit kann wechseln. Die Stellung des Individuums innerhalb der Gruppe kann sich immer wieder ändern. Einmal ist der Einzelne Teil der Mehrheit, ein andermal Teil der Minderheit und dann der Mehrheit zur Folge verpflichtet. Daher zielt das Mehrheitsprinzip auf das „Glück der größten Zahl“ ab, wie es der englische Philosoph John Stuart Mill formulierte.

Rücksicht auf die Minderheit bringt Legitimation

Das Mehrheitsprinzip führt also zu einer bindenden Gruppenentscheidung. Es dokumentiert zugleich durch seinen offenen Entstehungsprozess auch eine Vielfalt an bestehenden Haltungen und unterschiedlichen Positionen, die zuvor in die Entscheidung eingeflossen sind.⁴ Das verlangt ein Mindestmaß an Homogenität innerhalb der Gruppe. Ist diese nicht gegeben, bestehen beispielsweise ethnische, religiöse oder sprachliche Unterschiede, bieten sich etwa Proporz-Regelungen an. Bestimmte Entscheidungsgegenstände werden hier durch Aushandeln und Kooption geregelt. Das setzt voraus, dass alle Beteilig-

ten sich einigen wollen. Alle Teile der Gruppe wirken an Entscheidungen mit, und keine einzelne Bevölkerungsgruppe muss den Eindruck gewinnen, dauerhaft in der Minderheit verharren zu müssen.

Es gibt verschiedene Arten von Mehrheiten:

- **Einstimmigkeit:** Dieses Prinzip herrscht vor allem auf der internationalen Ebene bei verbindlichen Entscheidungen zwischen souveränen Staaten. Es gilt ebenfalls in den meisten Politikfeldern der Europäischen Union. In der UNO entspricht das dem Vetorecht der ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat nach Art. 27 Abs. 3 UN-Charta.
- **Besonders qualifizierte Mehrheit:** Verfassungsänderungen haben eine grundsätzliche Wirkung für das ganze Rechtssystem und sollen daher durch eine besondere Sperrhürde erschwert werden. Sie sind an eine hohe Zustimmung gebunden, hierzulande an die Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen (Art. 79 Abs. 2 Grundgesetz).
- **Absolute Mehrheit:** Das sind mindestens 50% der Stimmen plus eine, etwa bei der Wahl zum Bundeskanzler mit Stimmenmehrheit der Bundestagsmitglieder (Art. 63 Abs. 2 Grundgesetz).
- **Relative Mehrheit:** Ein Vorschlag vereint mehr Stimmen auf sich als jeder andere, erreicht aber nicht die absolute Mehrheit und ist in der Position der stärksten Minderheit.

Die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen setzt wechselseitige Rücksichtnahme und Kompromissfähigkeit voraus. Immer muss die innere Überzeu-

Die Mehrheitsfindung ist ein offener Entstehungsprozess, der auf INTERAKTION basiert.

Für die **AKZEPTANZ** von Mehrheitsentscheidungen bedarf es wechselseitiger Rücksichtnahme und Kompromissfähigkeit.

gung überprüft und vor sich und den anderen gerechtfertigt werden. Nur dann weiß die Minderheit, was ihr inhaltlich von der Mehrheit zugemutet wird. Die Grenze ist durch das Übermaßverbot markiert, das die Verhältnismäßigkeit von Entscheidungen garantieren soll. Das verlangt politisches Augenmaß und Achtung der von Minderheiten einklagbaren Grund- und Freiheitsrechte. Unverzichtbar sind ferner die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.⁵

Grenzen und Defizite des Mehrheitsprinzips

Ohne Zweifel ist das Mehrheitsprinzip sinnvoll und praktikabel, aber dennoch nicht über alle Einwände erhaben. Bereits Platon lehnte es ab, weil die Masse nicht über die notwendige Tugend des Herrschens verfüge. Eine Mehrheitsentscheidung führt in seinen Augen deshalb zur „Herrschaft der Unkundigen“.⁶ Als der französische Historiker Alexis de Tocqueville die junge und für viele weltweit beispielgebende Demokratie in den USA besuchte, wurde er gegenüber dem Mehrheitsprinzip sehr skeptisch. Denn jeder Einzelne verfolge überwiegend egoistische Interessen, aus denen sich kein allgemeingültiges Gemeinwohl ergebe.⁷ Danach funktionieren die

Mehrheitsregeln nur unter drei Voraussetzungen:

- Die Gesellschaft muss homogen sein und gleichwertige Lebensbedingungen bieten.
- Ein allgemeiner Grundkonsens muss das Mehrheitsprinzip als elementaren Bestandteil der politischen Kultur anerkennen.
- Das politische System muss die Chance zum Machtwechsel bieten, damit die Minderheit auch selbst einmal Mehrheit werden kann.

Ebenfalls kritisch sahen es Karl Marx und seine nachfolgenden Interpreten aus ihrem kollektivistischen Ansatz heraus. Im marxistischen Verständnis ist das Prinzip ein Teil des zu überwindenden Überbaus der kapitalistischen Gesellschaft; denn die Mehrheit sei potenziell anfällig für die materielle und geistige Verführung durch den Klassenfeind. Gerade die oftmals marxistisch inspirierte Systemkritik durch die 1968er-Bewegung in der Bundesrepublik nahm die Debatte über Geltung und Grenzen des Mehrheitsprinzips lebhaft auf.

Zusätzliche Dynamik entwickelte der öffentliche Diskurs in den 1980er-Jahren, als es um zentrale Weichenstellungen mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Zukunft ging: die NATO-Nachrüstung, die friedliche Nutzung der Kernkraft, die zunehmende Ausdifferenzierung der Industriegesellschaft und die technologische Entwicklung. So sahen Kritiker allgemein verbindliche Mehrheitsentscheidungen als besonders problematisch an, wenn sie im Zusammenhang mit Hochrisikotechnologien das gegenwärtige wie kommende Leben nachhaltig beeinflussen.⁸ Die Diskussion über Technologiefolgenabschätzungen

Die Nachhaltigkeitsdebatte Anfang der 1990er-Jahre warf die Problematik **PERMANENTER** Mehrheiten auf.

drehte sich um die Frage, wie demokratische Gesellschaften mit bestandsgefährdenden Risiken umgehen sollten, vor allem wenn sie mit sozialen Auswirkungen existenzieller Art verknüpft sind.⁹

Aufgegriffen wurden diese Überlegungen zu Beginn der 1990er-Jahre in der Nachhaltigkeitsdebatte, wo etwa die Frage aufgeworfen wurde, ob gegenwärtige Entscheidungen die Potenziale für künftige Bedürfnisbefriedigungen einschränken dürfen. Sobald eine aktuelle Mehrheit eine unveränderbare Entscheidung fällt, beseitigt sie die prinzipielle Offenheit der Entscheidungssituation. Sie macht sich in dieser Sachfrage zur permanenten Mehrheit. Dafür ist sie aber keinesfalls legitimiert. Aus dem Prinzip der Wähler-Autonomie müssen Entscheidungen zwar reversibel sein, aber gilt das für alle nachfolgenden Wähler-Generationen auch? Und was bedeutet das für die Gestaltungsfreiheit in der Gegenwart?

Die Diskussion geht noch weiter: Die Mehrheit zeichne sich durch Arroganz und „diktatorische Selbstgerechtigkeit“ aus, während die „wahren“ Bedürfnisse der Bürger nicht zum Tragen kämen. Insbesondere bei Entscheidungen in den Bereichen Kernenergie, Gentechnologie, Verkehrs- und Städteplanung, beim Ausbau der 5G-Netze im Mobilfunk und der Stromnetze im Rahmen der Energiewende seien Grenzen der Mehrheitsdemokratie erreicht. Denn weder die persönli-

che Betroffenheit der Beteiligten noch der unterschiedliche Grad der Informiertheit des Einzelnen über die anstehende Entscheidung werde berücksichtigt. Über solche zu Existenz- bzw. Überlebensfragen hochstilisierten Themen dürfe die Mehrheit nicht abstimmen. Andernfalls wird vom Recht auf Widerstand Gebrauch gemacht.

Folgt man diesen Annahmen, müssen parlamentarische Mehrheiten die Argumente der Minderheiten nicht nur abwägen, sondern auch tatsächlich berücksichtigen. Sobald eine Minderheit besonders betroffen ist, muss die Mehrheit auf die Durchsetzung ihrer Positionen ganz verzichten.¹⁰ Die Kritiker erklären dies damit, dass „apathische, schlecht informierte und mangels ersichtlicher persönlicher Betroffenheit auch völlig desinteressierte Mehrheiten sachkundigen und hochgradig betroffenen Minderheiten gegenüberstehen“¹¹. Und genau diesen Betroffenen mit einem vergleichsweise hohen Informationsgrad sollten Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden.

Gegen diese fundamentalen Einwände gibt es gewichtige Argumente. Wer glaubt, aufgrund tieferer Einsichten die „richtigere“ Position als die „desinteressierte“ Mehrheit zu vertreten, setzt sich in vollen Widerspruch zu einem Kernelement der Demokratie, der Gleichbehandlung aller. Denn alle Menschen, ihre Meinungen und Interessen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Wenn auch die politischen Entscheidungsträger durchaus Wissensdefizite haben und auf Seiten der Minderheit profunder Sachverstand vorhanden ist, so lässt sich hieraus nicht die verallgemeinernde Schlussfolgerung einer einzig gültigen „richtigen“ Position ziehen. Hier offenbart sich eine elitäre Anmaßung.

Wer glaubt, als Minderheit von einer Thematik stark betroffen zu sein und dazu beschlossene Maßnahmen als Ausübung von Zwang gegenüber der eigenen Überzeugung empfindet, sollte seine Position innerhalb des Gemeinwesens überprüfen. Im Umkehrschluss würden nämlich Minderheiten problematische Vetorechte erhalten. Betroffenheit ist ein subjektives Kriterium und würde auch selbst wieder der Allgemeinheit aufgezwungen. Plausibel erscheint indes die Forderung nach weitgehender Kongruenz von Beteiligten und Betroffenen einer Entscheidung.

Megatrends erfordern Veränderungen

Die eingespielten und weitgehend bewährten demokratischen Entscheidungsmechanismen geraten zusätzlich durch unterschiedliche Megatrends unter Druck.

Der Bedarf an Zukunftsorientierung wächst

Pluralistische Gesellschaften haben einen ausgeprägten Gegenwartsbezug, denken und handeln meist im Hier und Jetzt. Das lässt sich auch in der Politik ablesen: fehlende Konzepte, Mangel an Programmatik. Ein eindimensionaler Pragmatismus und „Entscheiden auf Sicht“ verdrängen vorausschauende Strategien. Doch genau das Gegenteil ist notwendig. In einer sich rasant verändernden Welt muss die Zeitdimension bei politischen Entscheidungen mehr denn je ein stärkeres Gewicht erhalten.¹² Die politischen Prozesse werden oft von einer viel zu langwierigen Entscheidungsfindung gebremst, die mit den rasanten technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mithalten vermag.

Die Inter- und Supranationalität nimmt zu

Mit der Globalisierung und dem Fortschreiten der Informationstechnologien verlagern sich die menschlichen Aktivitäten zunehmend in die virtuelle Welt des Internets. Weltweite wirtschaftliche Wertschöpfung wickelt sich über internationale Arbeitsteilung auf einer den Nationalstaaten übergeordneten Ebene ab, jenseits territorialer Souveränität und einzelstaatlicher Gestaltungsmöglichkeiten. Das höhlt das Mehrheitsprinzip aus, weil dem jeweiligen Volk als dem Souverän jede weitere Einflussmöglichkeit entzogen wird.

Die Fragmentierung schreitet voran

Gesellschaften unterliegen einer wachsenden Individualisierung. Sie zersplittern und lösen sich von kollektiv verbindlichen Entscheidungen, die den eigenen Interessen entgegenstehen. Traditionelle Gruppenbindungen etwa an Dorfgemeinschaft, Kirche, Gewerkschaft oder Verein nehmen frappant ab. Das ist in der Fragmentierung des Parteiensystems zu spüren. So hatte Deutschland bis 1980 im Wesentlichen ein Drei-Parteien-System, bestehend aus CDU/CSU, SPD und FDP. Es ist in den 1980er-Jahren durch die Gründung der Grünen, in den 1990er-Jahren durch die Vereinigung der Linken und in den 2010er-Jahren durch das Aufkommen

MEGATRENDS setzen eingespielte demokratische Entscheidungsmechanismen unter Druck.

der AfD zu einem Sechs-Parten-System geworden. Das erschwert die Bildung einer Regierungsmehrheit erheblich.

Die Bedeutung von Wahlen sinkt

Das Profil der etablierten Parteien schwindet, die Wahlbeteiligung sinkt. Immer seltener bringen Wahlen eindeutige Ergebnisse. Zurückzuführen ist dieser Erosionsprozess auf die abnehmenden Bindekräfte sozialer Milieus, die sich kaum noch im traditionellen Wahl- und Parteiensystem wiederfinden. Generell lassen sich Mehrheiten nicht mehr mit dem Interesse der Mehrzahl gleichsetzen, weil „das“ Volk immer weniger eine homogene Masse darstellt. Gegenwärtig definieren sich Gesellschaften vermehrt über den Begriff der Minderheit. Denn jeder gehört irgendwie einer gesellschaftlichen Minderheit, ja sogar vielen Minderheiten an. Das verleiht einzelnen, gut vernetzten Gruppen mit Sonderinteressen strukturell mehr Gewicht. Die Regierungen und die sie tragenden Gruppen, so behaupten Kritiker, seien keineswegs mehr repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Der aktuelle Zustand zeichne sich durch eine sich selbst reproduzierende politische Elite mit Selbstbedienungsmentalität, rein technokratischem Handeln und inhaltsleerer Kommunikation aus.¹³

Die Werte wandeln sich

Dramatisch verändert sich der Wertaushalt der Bevölkerung. Selbstverwirklichung, größeres Gewicht auf Individualität, Vielfalt und persönliche Mobilität, Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten und Achtsamkeit gegenüber der Umwelt nehmen zu. Zugleich wachsen Gegenbewegungen, die auf eine übersichtliche homogene Gesellschaft mit klaren Ordnungsstruktu-

ren setzen. Beide Strömungen akzeptieren hoheitliche Staatsfunktionen nicht mehr bedingungslos. Die eine, weil sie der persönlichen Entfaltung entgegenstehen; die andere, weil sie die in ihren Augen falsche gesellschaftliche Entwicklung begünstigen. Dieser Ansehensverfall betrifft auch die administrative Gewalt. Die Verwaltung wurde traditionell als unparteilich, fachlich kompetent und als Garant von Rechtssicherheit angesehen. Jetzt erlebt sie wie viele Institutionen einen Legitimationsverlust.

Populismus kommt auf

Globalisierung, immer kompliziertere Lebensverhältnisse und ein kaum mehr beherrschbares Tempo von Veränderungen erzeugen bei vielen Menschen das Gefühl ständiger Überforderung. Ihr Bedürfnis, die undurchschaubare Komplexität zu reduzieren, und ihr Drang zu einfachen, klaren und schnellen Lösungen führen im politischen Bereich zu Strategien der Vereinfachung, vor allem in Gestalt des Populismus. Gefragt ist direkte Einflussnahme, beispielsweise durch flächendeckende Volksabstimmungen. In der Politikwissenschaft mehren sich Stimmen, stattdessen zivilgesellschaftliche Akteure sowie soziale Bewegungen zu stärken. Nur sie könnten eine Frischzellenkur des gesamten politischen Systems liefern, das durch Bürokratisierung und Verrechtlichung in Routine zu erstarren droht.¹⁴

Mehr Bürgerbeteiligung – aber nicht zu Lasten der gewählten Mandatsträger

Deshalb stößt das Mehrheitsprinzip in seiner bisherigen Form an Grenzen. Es muss weiterentwickelt werden. Dafür gibt es eine Fülle von Vorschlägen.¹⁵ So soll die Bevölkerung ihr Fachwissen

und ihre Lebenserfahrung einbringen und in die öffentlichen Entscheidungsprozesse fest etablieren – als neue fünfte öffentliche Gewalt. Dazu gehören innovative Methoden wie „Dynamic Facilitation“ mit der Mitwirkung von Bürgerräten, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden und zeitlich befristet beraten, oder „Systemisches Konsensieren“, mit dem Gruppen ihre internen Widerstände gegen bestimmte Inhalte messen und in eine gemeinsame Lösung integrieren.

In jedem Fall ist dabei eine neue Frage zu klären: Wenn die Mitwirkungsrechte der Bürger zunehmen, wo konkurrieren sie mit dem Gemeinde- und Stadtrat, den ja sie selbst gewählt haben? Wo sind die Grenzen der Kompetenzen zwischen auf Zeit gewählten Mandatsträgern, die einen Amtseid geschworen haben, und den losen Beratungsgremien der Bürger? Wer bestimmt letztlich?

Für alle Beteiligten wird es immer anstrengender, Demokratie zu praktizieren. Damit steigen die sozialen Kosten dieser Herrschaftsform. Es braucht große Anstrengungen, sowohl klare, manchmal harte Konflikte als auch ein respektvolles Miteinander. Dazu müssen Institutionen und Beteiligte dauerhaft für Transparenz sorgen und eine von Fairness getragene Partizipation leben. Davor steht ein gewaltiges Defizit: politische Bildung. Staat und Gesellschaft müssen weitaus mehr dafür tun. ///

Es **BRAUCHT mehr Bürgerbeteiligung und politische Bildung.**



/// ERWIN FELLNER

ist Kommunikations- und Politikberater in Bad Tölz.



/// DR. THORSTEN WINKELMANN

ist Akademischer Rat am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Anmerkungen

- ¹ Starosolskyj, Volodymyr: Das Majoritätsprinzip, Wiener Staatswissenschaftliche Studien 13 (2), Wien 1919, S. 8. So sind „schon Regeln, die menschlichen Gemeinschaften das gewaltsame Auskämpfen von Führungsansprüchen ersparen, ein bedeutender zivilisatorischer Fortschritt“; Wehner, Burkhard: Die Abgründe des Mehrheitsprinzips, 2007, <http://www.reformforum-neopolis.de/reformforum/gesamtkatalog/-demokratie.html>, Stand: 28.10.2020.
- ² Gusy, Christoph: Das Mehrheitsprinzip im demokratischen Staat, in: An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie: Politik und Soziologie der Mehrheitsregel, hrsg. von Bernd Guggenberger und Claus Offe, Opladen 1984, S. 61-82, hier S. 64.
- ³ Volkmann, Uwe, in: Berliner Kommentar zum Grundgesetz, hrsg. von Karl-Heinrich und Wolfram Höfling, Berlin 2000, Art. 20 Rn. 26.
- ⁴ Starosolskyj, Das Majoritätsprinzip, S. 23. Daher liegt im Mehrheitsprinzip „eine rechtliche Anerkennung der auf der Seite der Mehrheit liegenden Übermacht“, ebd., S. 9.
- ⁵ Steffani, Winfried: Mehrheitsentscheidung und Minderheiten in der pluralistischen Verfassungs-

- demokratie, in: *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Roland Roth und Dieter Rucht, Bonn 1991, S. 506-523, hier S. 16.
- ⁶ Nohlen, Dieter: *Wahlssysteme der Welt. Daten und Analysen. Ein Handbuch*, München 1978, S. 50; Scheuner, Ulrich: *Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie*, Opladen 1973, S. 18.
- ⁷ Zippelius, Reinhold: *Zur Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips in der Demokratie*, Stuttgart 1987, S. 10.
- ⁸ Guggenberger, Bernd: *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, in: *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie: Politik und Soziologie der Mehrheitsregel*, hrsg. von Bernd Guggenberger und Claus Offe, Opladen 1984, S. 184-195, hier S. 190.
- ⁹ Vgl. Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main, 2015; Renn, Ortwin: *Einführungsvortrag: Bürgerbeteiligung – Aktueller Forschungsstand und Folgerungen für die praktische Umsetzung*, in: *Nutzen und Risiken öffentlicher Großprojekte: Bürgerbeteiligung als Voraussetzung für eine größere gesellschaftliche Akzeptanz*, hrsg. von Jörg Hilpert, Stuttgart 2011, S. 19-43.
- ¹⁰ Preuß, Ulrich K.: *Die Zukunft: Müllhalde der Gegenwart*, in: *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel*, hrsg. von Bernd Guggenberger und Claus Offe, Opladen 1984, S. 224-239, hier S. 232 ff.
- ¹¹ Guggenberger, *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, S. 191.
- ¹² Sturm, Roland: *Aufgabenstruktur, Kompetenzen und Finanzierung*, in: *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Oscar Gabriel und Everhard Holtmann, München, 3. Auflage, 1999, S. 619-658, hier S. 643 f.
- ¹³ Die Kluft zwischen Bürgern und politischer Macht kann nicht einmal mehr mittels Repräsentation überbrückt werden. Vgl. Lietzmann, Hans J.: *Die Demokratisierung der Repräsentation*, in: *Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur*, hrsg. von Manuela Glaab, Wiesbaden 2016, S. 41-57.
- ¹⁴ Rosanvallon, Pierre: *Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte, Theorie, Kritik*, Hamburg 2020; Roth, Roland: *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation*, Hamburg 2011; Crouch, Colin: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main 2008.
- ¹⁵ Nanz, Patrizia / Leggewie, Claus: *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2016; Sturm, Roland: *Wie funktioniert Politik? Die Beweggründe des Politischen in den Nationalstaaten und in der EU*, Baden-Baden 2008; Schrotta, Siegfried et al.: *Lebendige Demokratie. Die Einigungskraft kooperativer Politik. Systemisches Konsensieren in der politischen Praxis*, Holzkirchen 2018; *Dynamic Facilitation*: <https://dynamicfacilitation.org>, Stand: 11.1.2021; Fuhrmann, Raban Daniel: *Beteiligungsformate beurteilen und erschließen*, 2014/2019: www.lernende-demokratie.de/de/publikationen, Stand: 19.2.2021.